

MythenForum brauchte wegen Corona eine Liquidationsspritze

Die Bilanz rutschte wieder in die roten Zahlen ab. Der Verwaltungsrat rechnet mit «anhaltender Krise».



Das MythenForum Schwyz war während der Corona-Monaten stillgelegt und einsam.

Bild: Josias Clavadetscher

Josias Clavadetscher

Das vergangene Geschäftsjahr sei «eines zum Vergessen gewesen», erklärt Alfons Koller als Verwaltungsratspräsident der Casino Schwyz AG. Corona hat so ziemlich alles über den Haufen geworfen und entsprechende Herausforderungen ausgelöst. In den Sälen konnten praktisch keine Veranstaltungen durchgeführt werden, das

Restaurant musste über Wochen geschlossen bleiben, die Umsätze sind eingebrochen. Und als man voller Optimismus nach dem ersten Lockdown wieder starten konnte, habe das «berühmte Jodlermusical» zu internationalen Schlagzeilen geführt, «allerdings nicht ganz so, wie wir uns das vorgestellt hatten», betont Koller.

Damit ist nur logisch, dass der Nettoumsatz von 1,76 Mio. auf 0,96 Mio.

Franken zurückgefallen ist. Das einzige Positive in der Erfolgsrechnung ist, dass parallel dazu auch der Aufwand gesunken ist. So resultierte ein Betriebsverlust von 173 000 Franken. Das operative Ergebnis betrug sogar minus 402 000 Franken.

Mit diesen roten Zahlen stand die Casino Schwyz AG vor einem Liquidationsproblem. Vor allem weil sie als halböffentliche Unternehmung keinen

Anspruch auf Härtefallgelder des Kantons, beziehungsweise des Bundes, geltend machen konnte. Dafür sind die lokalen Behörden eingesprungen. Die Gemeinde Schwyz hat der Casino AG einen Härtefallbeitrag von 125 000 Franken zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte «ein grosser Verlust vermieden werden», betont Finanzchefin und Verwaltungsrätin Gabriela Renner.

Covid-Kredit in der Höhe von 200 000 Franken

Ebenfalls konnte die Casino AG einen Covid-Kredit von 200 000 Franken in Anspruch nehmen, den man nun in Etappen bis 2028 zurückführen muss. Und geholfen haben auch die Kurzarbeitsentschädigungen, die im Umfang von über 40 000 Franken geflossen sind.

Betriebsintern geholfen hat weiter der Immobilienbereich. Weil die One Fitness Center AG wegen Nichtgebrauchs einen Teil der Betriebsfläche abgegeben hat, konnte diese neu vermietet werden an den Bezirk Schwyz und an die Ärztegemeinschaft Mythenpraxis. Die Mieterträge sind damit um etwa 20 000 Franken gestiegen.

Trotzdem aber ist ein Jahresverlust von 48 000 Franken Tatsache. Damit ist die Gesellschaft mit einem Bilanzverlust von 42 000 Franken wieder in die roten Zahlen abgerutscht, aus denen man eben erst herausgekommen ist.

Das letzte Geschäftsjahr hat auch einen Wechsel in der Geschäftsleitung gebracht. Nach 17 Jahren ist Beat Hegner zurückgetreten. Aus 65 Bewerbungen ist Dominic Zaalberg gewählt worden. Er hat am 1. April sein Mandat angetreten.

Hinweis

Die Aktionärsversammlung der Casino Schwyz AG findet am Donnerstag, 25. November (17 Uhr), im MythenForum Schwyz statt.

Blauer Rauch soll nicht beachtet werden

Muotathal Wie die vonrickenbach.swiss ag im Mitteilungsblatt «Muotathaler Zirk» schreibt, ist blauer Rauch, der aus dem Blockheizkraftwerk entweicht, nicht beunruhigend. «Wir schätzen es trotzdem sehr und sind dankbar, dass wir von der aufmerksamen Nachbarschaft und Muotathaler Bevölkerung mehrmals darauf hingewiesen wurden», schreibt die Firma.

Bei Wartungsarbeiten und Abschaltungen müsse das noch vorhandene Holzgas verbrannt werden. Dies geschehe über eine spezielle Abfackelung im neuen Kamin. «Bei Dunkelheit kann man das helle Feuer des abbrennenden Holzgases in Form einer blauen Flamme sehen.» Dieser Vorgang sei normal, habe nichts mit einem Kaminbrand zu tun «und sollte nicht Anlass zur Besorgnis sein». Der Feuerwehrkommandant, Markus Betschart, sei über die Anlage informiert. (red)

Baubegriffe werden angepasst

Kanton Der Regierungsrat hat die Vorlage zur Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) verabschiedet.

Mit der vorliegenden Vorlage werden die Baubegriffe gemäss interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) ins kantonale Gesetz und die zugehörige Verordnung überführt. Die Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen entspreche einem breiten Bedürfnis und liege im volkswirtschaftlichen Interesse, heisst es in der Mitteilung. Das Planungs- und Baurecht werde vereinfacht und schweizweit vereinheitlicht. Insbesondere Architekten und Planer würden direkt davon profitieren. Der Regierungsrat möchte den raumplanungsrechtlichen Spielraum des Bundes nutzen und im Rahmen der Energiestrategie 2050 die Nutzung von Solarenergie erleichtern.

Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse hat der Regierungsrat beschlossen, das bisherige Nutzungsverfahren beizubehalten, da sich kein Alternativmodell als insgesamt vorteilhafter erwiesen hat. Ebenfalls nicht betroffen von der Teilrevision ist die Ausnutzungsziffer. Die Vorlage geht nun an die vorberatende kantonsrätliche Kommission und wird voraussichtlich in der Februar-Session im Kantonsrat beraten. (pd/sc)

Theri soll nicht mit Kollegi zusammengelegt werden

Die vorberatende Kommission legt sich quer zur Regierung. Sie will beim Status quo bleiben.

Jetzt ist ein erster Vorentscheid für die Weiterexistenz des Theresianums als Mittelschule gefallen: Die vorberatende Kommission des Schwyzer Kantonsrats lehnt beide Mittelschulinitiativen sowie den Gegenvorschlag der Regierung zur Initiative «Für eine dezentrale Mittelschullandschaft» ab. Zustimmung erhält aber der Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine faire Mittelschulfinanzierung».

Dass insbesondere die aktuelle Situation der beiden Mittelschulen Kantonsschule Kollegium Schwyz und Theresianum Ingenbohl im inneren Kantonsteil verbessert werden soll, sei unbestritten, teilte die Kommission für Bildung und Kultur gestern mit. Beide sind wegen tiefer Schülerzahlen nicht ausgelastet.

Kommission sagt Ja zu Finanzierungsgegensvorschlag

Die Initiative, welche einen Fortbestand des jetzigen Zustandes fordert, werde denn auch abgelehnt, heisst es weiter. Ebenso die Zusammenführung von zwei Schulen, wie es der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag



Das Theri soll als Mittelschule weiter bestehen. Die Bildungskommission spricht sich gegen die Pläne der Regierung aus.

Bild: Archiv

aufzeigt, vermochte die Kommissionsmitglieder nicht zu überzeugen. Auch er wird abgelehnt.

Bei der Diskussion um die Initiative «Für eine faire Mittelschulfinanzierung» ging es primär um die künftige Höhe des Beitrages an die privaten Mit-

telschulen. Die Initiative, welche die privaten Mittelschulen finanziell gleich behandeln will wie die kantonalen Mittelschulen, war umstritten und wird abgelehnt.

Im Zentrum stand die Frage, was an solchen privaten Mittelschulen privat

sei, wenn sie öffentlich finanziert würden, so die Kommission.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats, ein erhöhter Pauschalbeitrag von 21 000 Franken, stütze sich insbesondere auf die kürzlich erstellte Kostenerhebung an allen fünf Mittelschulen, vergleichbare Schulgeldabkommen und der Beitragshöhe vor dem Entlastungsprogramm 2014–2017 ab, argumentierte die Mehrheit der Kommission und stimmte dem Gegenvorschlag zu.

Die Ablehnung der beiden Initiativen entspreche der Haltung des Regierungsrates, sagt Bildungsdirektor Michael Stähli in einer Stellungnahme.

Bezüglich der Mittelschulstandorte im inneren Kantonsteil wolle die Bildungskommission aber beim Status quo bleiben, und bei der Finanzierung unterstütze sie den Gegenvorschlag der Regierung. Stähli: «Ich nehme diese Anträge zur Kenntnis und werde die Gegenvorschläge der Regierung anlässlich der Dezembersession des Kantonsrates nochmals vertreten.»

Jürg Auf der Maur/sda

Die SVP lehnt alle Vorlagen ab

Schwyz Die Schwyzer SVP sagt am 28. November dreimal Nein. Sie empfiehlt, alle eidgenössischen Vorlagen an der Urne abzulehnen. Weder die Pflegeinitiative noch das Covid-Gesetz oder die Justiz-Initiative finden den Zuspruch der Schwyzer SVP.

Die Beschlüsse befasste die Partei im Restaurant Pension Betschart in Ibach. Die Parolenfassung musste coronabedingt in einem gedeckten Aussenbereich des Restaurants stattfinden, damit auch Mitglieder ohne Zertifikat teilnehmen konnten.

«Anfang September hat der Bundesrat ohne epidemiologische Notwendigkeit mit der Ausweitung der Zertifikatspflicht im Inland einen faktischen Impfwang eingeführt und unsere Gesellschaft gespalten. Das dürfen wir so nicht akzeptieren», begründete SVP-Nationalrat Marcel Dettling, Oberberg, das Covid-Nein. (red)